

Sachsen gehen die Lehrer aus

Immer häufiger werden Bewerber ohne entsprechende pädagogische Ausbildung eingestellt.

VON CAROLA LAUTERBACH

Im Trend deutet es sich seit Längerem an: Vor allem für Grund- und Förderschulen wird es immer schwieriger, Lehrer zu gewinnen. Der Arbeitsmarkt gibt nicht mehr viel her. Im Detail ist es bereits ziemlich drastisch. Zwar wurden zu Beginn des neuen Schuljahres 2013/14 an den öffentlichen Schulen in Sachsen so viele Lehrer wie seit 20 Jahren nicht mehr eingestellt. Nur: Es muss auch häufiger auf Bewerber ohne abgeschlossene Lehrerausbildung zurückgegriffen werden.

Nach einem aktuellen Papier des Kultusministeriums für den Schulausschuss des Landtags betrifft das in diesem Schuljahr 188 Einstellungen über alle Schularten hinweg. Das mag zunächst nicht viel erscheinen. Konkret betrifft das aber im Bereich der sächsischen Förderschulen immerhin schon 42 Prozent aller Neueinstellungen. An den Grundschulen, aber auch an den berufsbildenden Schulen ist bereits

fast jeder vierte neu eingestellte Lehrer kein ausgebildeter Lehrer. Dabei handelt es sich laut Kultusministerium um Musikpädagogen, Diplomsportlehrer, Trainer, Diplomingenieure, Handwerksmeister oder Facharbeiter. Über ihre Eignung als Lehrer entscheide die Sächsische Bildungsagentur, die auch deren Qualifikation begleite, sagt Ministeriumssprecherin Susann Meerheim. Es handele sich dabei um kein neues Phänomen, allenfalls gebe es quantitativ eine „leichte Zunahme“.

Gymnasialbewerber abgewiesen

Regional betrachtet haben im Bildungsbereich Bautzen 53 Prozent der neu eingestellten Lehrer an Grund- und 58 Prozent an Förderschulen keine abgeschlossene Lehrerausbildung. An den beruflichen Schulen im Agenturbereich Zwickau sind es sogar 80 Prozent.

„Damit wird deutlich, dass es offenbar schon jetzt nicht mehr gelingt, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte für Sachsens

Schulen zu bekommen“, sagt die Bildungspolitikerin der SPD, Eva-Maria Stange. Umso unerklärlicher sei es daher für sie, dass so viele frisch ausgebildete sächsische Bewerber für Gymnasien abgewiesen wurden, statt sie für die anderen Schularten zu gewinnen. Natürlich müssten ihnen Optionen geboten werden, etwa nach drei Jahren an ein Gymnasium wechseln zu können. Und natürlich müssten sie auch entsprechend ihrer Qualifikation bezahlt werden. Stange hält es ferner für dringend erforderlich, in der Ausbildung bestehende Differenzierungen zu überwinden. „Das schafft ein größeres Bewerberpotenzial.“

Lothar Bienst hat das Papier aus dem Kultusministerium nicht überrascht. Da er selbst Berufsschullehrer ist, wisse er, dass Seiteneinsteiger mit Fachprofil an den berufsbildenden Schulen gang und gäbe sind, sagt der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion der Sächsischen Zeitung. Insgesamt könne man aber natürlich nicht glücklich sein. „Wir müssen bestrebt sein,

das Maß wieder zurückzufahren.“ Auch er hält Anreize für Gymnasiallehrer, denen keine Anstellung angeboten werden konnte, für eine Möglichkeit. „Das geht von Hilfe für die Beschaffung von Wohnraum über einen Arbeitsplatz für den Partner bis zu Finanzspritzen – über alles muss nachgedacht werden“, so Bienst. Generell seien aber mit der Kampagne der Regierung „Lehrer werden“ die richtigen Schritte eingeleitet worden. Die jungen Leute müssten sensibilisiert werden, sich mit einem Lehramtsstudium für die richtige Schulart und die richtigen Fächer zu entscheiden.

Bildungsagenturdirektor Béla Bélafi hatte zu Schuljahresbeginn im SZ-Interview bereits regionale Engpässe in der Unterrichtsversorgung an Grund- und Förderschulen eingeräumt und die Gewinnung „passender“ Lehrer als Herausforderung bezeichnet. Wie auch Kultusministerin Brunhild Kurth (parteilos) stellte er ein Seiteneinsteigerprogramm im Schuldienst in Aussicht. Bleibt die Frage: Wann?